Beschluss (vorläufig) Kurs Zukunft – sozial gerecht aus der fossilen Abhängigkeit

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	29.11.2025
Tagesordnungspunkt:	E Klima & Energie

Antragstext

Klimaschutz ist nicht weniger als ein Versprechen an unsere Kinder und Enkel, in einer Welt aufzuwachsen, in der man saubere Luft atmen und intakte Natur erleben kann – saubere und klare Bäche, gesunde Wälder und humusreiche Böden. In der die Versorgung mit Energie, Trinkwasser und Lebensmitteln sicher und das Leben bezahlbar ist. In der fossile Konzerne ihre Profite nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen generieren. In der alle gut leben und arbeiten können. In der Landwirtschaft im Einklang mit Natur und Tieren betrieben wird und uns auch in Zukunft mit guten Ernten ernähren kann. Klimaschutz ist die direkte Konsequenz aus dem Wissen, dass wir nur eine Erde haben – und diese von unseren Kindern nur geborgt ist.

Er ist gleichzeitig die Antwort auf die Sorgen, die viele Menschen in diesem Land umtreiben: Kann ich meine Heizrechnung auch kommendes Jahr noch bezahlen? Kann ich darauf bauen, meinen Industriejob auch in fünf Jahren noch zu haben? Ist mein Haus sicher vor Überschwemmungen?

Konsequenter Klimaschutz ist damit die zentrale Aufgabe unserer Zeit. Klimaschutz entscheidet über wirtschaftliche Stärke, soziale Sicherheit, körperliche wie seelische Gesundheit, internationale Sicherheit und Stabilität sowie über den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Klimaschutz ist Menschenschutz und muss zugleich zentraler Bestandteil einer umfassenden Sicherheitspolitik werden. Wer meint, Klimaschutz sei Nischenthema und Schönwetterpolitik, wer Klimaschutz jetzt ausbremst, verspielt nicht nur ökologische Ziele, sondern gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und nicht zuletzt unsere Sicherheit und unseren Frieden. Klimapolitik, die sich sozial gerecht gezielt zu Gunsten von einkommensschwachen Haushalten, vulnerablen Gruppen oder besonders betroffenen Regionen einsetzt, hilft zudem Ungleichheit zu verringern.

Die ökologischen Krisen verschärfen sich dramatisch – von der Erderhitzung bis zum Artensterben, verursacht durch Raubbau an Böden, Wäldern und Meeren. Zugleich wird in Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen einmal mehr deutlich, wie abhängig wir von Gas und Öl aus autokratischen Staaten sind – eine Abhängigkeit, die wir nur durch konsequente Klimapolitik beenden können. Gleichzeitig verschärfen unsere Wirtschaftsweise und fortgeführte koloniale Kontinuitäten die Ausbeutung des globalen Südens, sodass wir hier eine besondere Verantwortung haben. In dieser Lage entscheidet konsequentes Handeln darüber, ob Deutschland und Europa gestärkt aus den Krisen hervorgehen – oder an ihnen scheitern.

In den vergangenen mehr als 45 Jahren haben wir gezeigt, dass entschlossene Politik wirkt – aus der Opposition heraus genauso wie in Regierungsverantwortung. Als wir vor 25 Jahren das Erneuerbare-Energien-Gesetz auf den Weg gebracht haben, war damit die Hoffnung verbunden, eine weltweite

Energie-Revolution zu starten. Und was ist passiert? Unsere optimistischsten Annahmen wurden übererfüllt. Wir generieren nicht nur in Deutschland schon heute mehr als die Hälfte des Stroms aus Erneuerbaren – 2025 war auch das erste Jahr, in dem global mehr Strom aus Wind und Sonne als aus Kohle gewonnen wurde. Das ist ein riesiger Erfolg, auf den wir stolz sind. Der von uns begonnene Weg der Förderung der Erneuerbaren war und ist Exportschlager. Zugleich müssen wir den Weg des Einsparens und der effizienteren Verwendung von Energie und Ressourcen, den wir mit dem Energieeffizienzgesetz und den Energieeinsparverordnungen von 2022 begonnen haben, entschlossen weitergehen. Denn um das Klima zu schützen und die planetaren Grenzen einzuhalten, muss der Verbrauch an Ressourcen und Energie insgesamt sinken.

Gerade in der letzten Bundesregierung haben wir zentrale Weichen gestellt, damit Deutschland seine Klimaziele erreicht: Wir haben den Ausbau der Erneuerbaren und der Netzinfrastruktur massiv beschleunigt, das Miet- und Wohneigentumsrecht ins solare Zeitalter gebracht, den Kohleausstieg konkretisiert, den Europäischen Green Deal mit auf den Weg gebracht, neue Instrumente wie Klimaschutzverträge zum Umbau der Industrie etabliert und mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz das bislang größte Programm für die Renaturierung von Mooren und Gewässern, die Wiederherstellung von Grünzügen und den Umbau von Wäldern geschaffen. Wir haben eine historisch einmalige Energiekrise nach Putins Angriffskrieg in der Ukraine bewältigt und zugleich gezeigt, wie der Weg hin zu mehr Klimaschutz konkret umsetzbar ist – auch gegen erhebliche Widerstände. Das war nicht immer einfach – und sicherlich wurden dabei auch Fehler gemacht. Das Gute: Deutschland war auf Kurs, das 2030-Klimaziel zu erreichen. Diese Bilanz zeigt: Politik macht einen Unterschied – und wir sind der Erderhitzung nicht ohnmächtig ausgeliefert.

Die schwarz-rote Bundesregierung droht all diese Erfolge zu verspielen. Sie erkennt ökologische Transformation nicht als strategische Aufgabe, sondern behandelt sie wie eine Störung des Status quo. Während andere Staaten vorangehen und die klimafreundliche Modernisierung ihres Wirtschaftssystems konsequent voranbringen, riskiert die Bundesregierung, den Wirtschaftsstandort Deutschland vom wesentlichen Innovationstreiber der nächsten Jahrzehnte abzukoppeln. Klimaziele werden europäisch wie national infrage gestellt, soziale Spaltungen vertieft, europäische Einigung geschwächt. Statt in eine klimafreundliche Wirtschaft zu investieren, will diese Bundesregierung fragwürdige internationale CO_2-Zertifikate zukaufen und damit unnötig Steuergeld verschwenden. Und die Bundesregierung macht einen weiteren schweren Fehler: Den steigenden Strombedarf durch Digitalisierung, künstlicher Intelligenz, Wärmepumpen oder Elektroautos rechnet sie aus ideologischen Gründen herunter, um nicht stärker auf den verstärkten Ausbau von Solar- und Windenergie setzen zu müssen. Blockade und Verantwortungslosigkeit prägen diese Politik im Rückwärtsgang.

Zehn Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen braucht es ein starkes politisches und wirtschaftliches Signal für internationale Zusammenarbeit. Trotzdem hat die Regierung Merz dafür gesorgt, dass Europa mit einem völlig unzureichenden Klimaziel zur diesjährigen Weltklimakonferenz fährt. Sie gefährdet den Grundkonsens des internationalen Klimaprozesses, dass Industrieländer vorangehen müssen. Im Verbund mit Rechtspopulisten und der fossilen Lobby schickt sie sich an, die gesamte europäische Klimaarchitektur zu Fall zu bringen, den Green Deal. Dieser enthält die wichtigsten Instrumente, um die soziale und wirtschaftliche Zukunft unseres Kontinents zu gestalten und damit die europäischen Klimaziele zu

erreichen. Dazu zählt auch das System der CO_2-Flottengrenzwerte mit dem sogenannten Verbrenner-Aus für Autos ab 2035 und das europäische Emissionshandelssystem ETS 1 und ETS 2, das die Emissionen in Europa effektiv begrenzt. Die Bundesregierung – insbesondere die Union – führt die letzten von ihr noch propagierten Klimaschutzinstrumente ad absurdum, indem sie die Verschiebung des ETS 2 in der EU um ein Jahr mitbeschlossen haben. Dabei war es Friedrich Merz, der den marktbasierten Emissionshandel als sein Leitinstrument für Klimaschutz bezeichnet hat; nun wird dieser als allererstes von seiner Bundesregierung geschliffen.

Hinter dieser Politik stehen nicht nur Ignoranz oder das „Prinzip Hoffnung", sondern auch organisierte Interessen. Die, deren Macht auf der Ausbeutung fossiler Energien beruht, rückwärtsgewandte Teile der Industrie, fossile Energiekonzerne, reaktionäre Thinktanks und rechtspopulistische Kräfte verfolgen ein gemeinsames Ziel: Sie wollen die ökologische Modernisierung unseres Landes aufhalten, um ihre fossilen Geschäftsmodelle und ihren Einfluss zu schützen. Anti-Klima-Mobilisierung ist kein deutsches Einzelphänomen. Sie ist Teil des politischen Werkzeugkastens autoritärer und rechtspopulistischer Bewegungen – von Donald Trump bis Viktor Orbán. Ökologische Politik ist immer auch eine Frage politischer Auseinandersetzung darum, wer wir als Gesellschaft sein, was wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen wollen: eine intakte Umwelt, die ihnen die Chance gibt, sich zu verwirklichen und in Wohlstand zu leben, oder eine Welt, in der einige wenige sich auf Kosten der Lebenschancen der Menschen und des Planeten bereichert haben.

Diese Auseinandersetzung ist nicht entschieden, und es lohnt sich, zu kämpfen – gegen eine fossile Lobbymacht, die eine teure Politik des Nichtstuns oder gar des Rückschritts als zukunftsweisend verkauft.

Der ökologische Rollback der Regierung Merz bleibt nicht unbeantwortet. Überall im Land formieren sich neue Allianzen: bei neuen Gasbohrprojekten bei Borkum, in Oberbayern oder vor den Stränden Mecklenburg-Vorpommerns; bei den Menschen, die sich vor den Kosten der unkalkulierbaren fossilen Abhängigkeit schützen wollen; bei Städten und Gemeinden, die auf Windenergie und Solarprojekte setzen und damit an vielen Stellen zur Sanierung ihrer Haushalte beitragen. Die eine moderne kommunale Wärmeplanung vorantreiben und dafür klare Rahmenbedingungen und weiterhin die finanzielle Unterstützung des Bundes brauchen. Und nicht zuletzt in den vielen Unternehmen, die mit Wissen und Know-how nachhaltige Geschäftsmodelle vorantreiben.

Denn es gibt eine andere Wirklichkeit – insbesondere in der Wirtschaft. Überall in Deutschland investieren und entwickeln Marktführer, mittelständische Unternehmen, Hidden Champions und Start-ups in klimaneutrale und ressourcenschonende Technologien, Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Geschäftsmodelle. Sie schaffen Jobs und eröffnen Chancen. Sie zeigen, dass wirtschaftlicher Erfolg und ökologische Verantwortung zusammengehören – und dass aus Klimaschutz wirtschaftliche Stärke werden kann. An ihrer Seite stehen wir: für eine Politik, die ökologische Innovation fördert, statt fossile Geschäftsmodelle zu verlängern. Wir wollen, dass Deutschland diese starke Position ausbaut und zum weltweiten Leitmarkt für Green Tech wird. Unser Ziel ist eine Wirtschaft, die unabhängig von fossilen Energien, ressourcenschonend und international wettbewerbsfähig ist – als Teil einer ökologischen Moderne.

Es lohnt sich, gerade jetzt für ambitionierte ökologische Politik einzustehen. Die Rettung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist kein Selbstläufer, der Kampf um unsere Zukunft aber auch noch nicht verloren. Jedes Zehntel Grad, das wir an Erderhitzung verhindern können, rettet Lebenschancen. Jedes Zehntel Grad entscheidet über die Freiheitsrechte unserer Kinder. Jedes Zehntel Grad ist ein Antrieb für uns, uns zu engagieren. Und wir haben beim Zukunftsentscheid in Hamburg gesehen, dass ambitionierte Klimapolitik weiter Mehrheiten mobilisiert – und Menschen bereit und motiviert sind, für eine gute Zukunft auf die Straße und ins Wahllokal zu gehen. Dieser Erfolg bestärkt und motiviert uns. Wir sehen es als unsere Aufgabe, diesen Aufbruch in die ländlichen Räume zu tragen – auch als politisches Gegengewicht zu klimaleugnenden rechten oder konservativen Kräften. Klimaschutz geht alle an – überall.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Teil eines breiten Bündnisses für Fortschritt und Klimaschutz. Gemeinsam stellen wir uns der Rückschrittspolitik der Bundesregierung entgegen. Wenn Klimaschutz sabotiert wird, findet das unseren Widerspruch und unseren Widerstand – im Parlament und auf der Straße, im Schulterschluss mit Verbündeten in Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Wir stellen einer solchen Politik einen klaren Plan entgegen: soziale, gerechte ökologische Politik, öffentliche und private Investitionen in Zukunftsbranchen, Unterstützung und Befreiung von bürokratischen Fesseln für die Modernisierung der Wirtschaft.

Unsere Leitidee: Klimaschutz, wirtschaftliche Modernisierung, sozialer Zusammenhalt, Sicherheit und Freiheit gehören zusammen. Wer Klimaziele erreichen will, muss sie gerecht gestalten. Wer Wohlstand sichern will, muss in Zukunftsbranchen investieren, Innovation erleichtern und soziale Ungleichheit verringern. Wer in Europa bestehen will, darf nicht spalten, sondern muss aktiv mitgestalten. Unser erweiterter, integrierter Sicherheitsbegriff umfasst äußere, innere und klimabedingte Sicherheitsrisiken und stellt das menschliche Wohl in den Mittelpunkt.

Die Bundesregierung muss den Europäischen Green Deal mit seinen Gesetzen sowie die europäischen Klimaziele aktiv verteidigen und nachhaltig voranbringen, dabei ihr Gewicht nutzen, um Europa zusammenzuhalten. Sie muss sich jedem Versuch entgegenstellen, Emissionsreduktionen oder sektorale Ziele – etwa in der Automobilindustrie – zurückzudrehen. Klare, verlässliche Rahmenbedingungen sind gerade jetzt entscheidend, um Investitionen auszulösen und die Modernisierung der europäischen Wirtschaft voranzubringen. Der Staat kann als Ankerkunde für grüne Produkte Leitmärkte schaffen und gleichzeitig durch Forschungsförderung und regulatorische Erleichterung private Investitionen anreizen und Hürden für Innovation abbauen.

Als zentraler Hebel für die effektive Reduktion klimaschädlicher Emissionen hat sich der Europäische Emissionszertifikatehandel ETS bewiesen. Denn die Ausgabe von Emissionszertifikaten begrenzt die CO_2-Emissionen zielsicher und verbindlich in ganz Europa. Das ist besonders im deutschen Interesse, da wir ohnehin verfassungsrechtlich zu strengem Klimaschutz verpflichtet sind. Der ETS 1 für Industrie und Kraftwerke muss auf seinem Pfad bleiben, um seine volle Steuerungswirkung auch weiter zu entfalten. Damit der Grenzausgleichsmechanismus CBAM wirksam eine Produktionsverlagerung in Drittstaaten außerhalb der EU vermeidet, muss der CBAM nachjustiert werden und Regelungslücken, etwa bei importierten Brennstoffen oder nicht erfassten Produkten, geschlossen werden. In

den Sektoren, die im Zertifikatehandel erfasst sind, sind die Erfolge sichtbar: Hier sind die Emissionen in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zurückgegangen.

In der Energiewirtschaft hat der Emissionshandel den Umstieg von der Kohle hin zu Erneuerbaren bewirkt, in der Industrie Modernisierung und Forschung an emissionsarmen Produktionsprozessen beschleunigt. Es ist richtig und notwendig, dass die Sektoren Verkehr und Gebäude mit dem ETS 2 ebenfalls Teil dieser verbindlichen Klimaschutzarchitektur werden – sie sind bislang nicht auf dem richtigen Pfad.

Allerdings darf hier der CO_2-Preis nicht zum einzigen Instrument der Treibhausgasminderung werden. Denn die CO_2-Vermeidungskosten liegen bei Gebäuden und Verkehr viel höher als etwa im Bereich der Kraftwerke. Vielmehr ist entscheidend, dass die Transformation im Bereich Gebäude und Verkehr auch ohne hohe CO_2-Preise erfolgreich wird. Wir wollen daher die Verbindlichkeit des ETS auch durch ordnungsrechtliche Maßnahmen begleitet wird, welche die Nachfrage nach CO_2-Emissionszertifikaten in diesen Sektoren in Deutschland senken. Als größter Emittent in der EU trägt Deutschland eine besondere Verantwortung, weil das Ausbleiben der flankierenden ordnungsrechtlichen Maßnahmen zur Reduktion der Emissionen den CO_2-Preis auch für andere EU-Länder steigen lässt. Bezahlbares Wohnen und günstige Mobilität sind zugleich eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und entscheidend für die Akzeptanz von Klimaschutz. Darum müssen alle Möglichkeiten durch Mehreinnahmen aus dem ETS, aus dem Sondervermögen oder KTF genutzt werden, um preissenkende Investitionen zu beschleunigen und ein sozial gerechtes Klimageld umzusetzen.

Daher setzen wir uns ein für einen intelligenten Instrumentenmix aus Preisanreizen, gezielter Förderung von Umbau und Modernisierung und klaren ordnungsrechtlichen Vorgaben. An diesem Instrumentenmix halten wir fest und sorgen dadurch für bezahlbare Energie und verlässliche Förderung klimaneutraler Wirtschaftssektoren. Friedrich Merz hingegen ist unehrlich: Zum einen will er Klimaschutz allein über den Preis regeln – das ist sozial ungerecht und wird dazu führen, dass die Akzeptanz für ausreichend ambitionierte Politik verloren geht. Zum anderen greift er dann die Preise an, sodass am Ende nur die Option bleibt, den Emissionshandel zu schwächen. Wer Emissionshandel als alleiniges Steuerungsinstrument will, will nicht, dass er bleibt.

Klimaschutz sozial gerecht gestalten

Eine um mehrere Grad Celsius erhitzte Welt bedeutet: weniger Gerechtigkeit, weniger Freiheit, weniger Chancen für uns und unsere Kinder – und mehr und brutalere Konflikte. Klimaschutz ist die zentrale Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit.

Klimaschutz ist Generationengerechtigkeit, globale Gerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit zugleich. Wer wenig hat, hat auch weniger Chancen, sich an die Erderhitzung anzupassen – während Reiche Hauptverursacher der Klimakrise sind und sich oft von den Folgen freikaufen können. Nichtstun verschärft Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und Konflikte. Das reichste Prozent global, wie in Deutschland verursacht die größten Schäden.

Superyachten, private Golfplätze oder Privatjets sind Gift fürs Klima und bieten keinen gesellschaftlichen Mehrwert. Alleine die Superreichen, das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung, verursachen so viele Treibhausgasemissionen wie die unteren 65 Prozent. Wer das Klima schützen will, muss sich deshalb auch für eine gerechte Vermögensverteilung einsetzen.

Klimagerechtigkeit hört nicht bei uns in Deutschland auf, sondern sie fängt hier an: Durch unsere Abhängigkeit von fossilen Energien leiden die Menschen in den Lieferketten unter schweren gesundheitlichen Problemen und Menschenrechtsverletzungen. Um das zu beenden, müssen hohe Standards entlang der Lieferketten verbindlich werden.

Klimaschutz kann gelingen, wenn die infrastrukturellen Rahmenbedingungen individuelle Entscheidungen für eine klimafreundliche Lebensweise ermöglichen. Er wird aber nur dann breite gesellschaftliche Akzeptanz erfahren, wenn er gerecht gestaltet wird, wenn es sich alle leisten können und etwas davon haben. Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn viele Technologien, die mittel- und langfristig deutliche Einsparungen und ein Mehr an Lebensqualität bringen, sind bei der Anschaffung teuer – nicht jede*r kann sie sich leisten und ist in der Zwischenzeit mit steigenden Energiepreisen konfrontiert.

Das verlangt entschiedenes Handeln jetzt.Doch die Bundesregierung tut nichts dafür – im Gegenteil: Sie schiebt den Klimaschutz auf die lange Bank, und das Klimageld gleich mit. So lässt sie die Menschen mit den Folgen der Klimakrise, aber auch mit ihrer Bewältigung allein. Sie gefährdet mit diesem Kurs nicht nur den Erfolg des ETS 2, sie untergräbt auch das Vertrauen in die ökologische Transformation insgesamt. Anstatt soziale Sicherheit zum Rückgrat ambitionierter Klimapolitik zu machen, lässt sie Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen allein und spielt so den Gegner*innen konsequenten Klimaschutzes in die Hände. Dabei ist eine sozialverträgliche Gestaltung von Wirtschaft, Verwaltung und Infrastrukturen jetzt das dringende Gebot der Stunde.

Auch beim Klimaschutz im Verkehr organisiert die Bundesregierung eine Politik der Rückschritte, indem sie wieder mehr Mittel für den Straßenneubau bereitstellt, das Deutschlandticket verteuert, den Flugverkehr künstlich subventioniert und die Pendlerpauschale erhöht. Die Verkehrswende gelingt nur mit klaren Prioritäten. Wir GRÜNE wollen Mobilität gerechter, klimafreundlicher und effizienter organisieren. Dazu gilt es, ÖPNV-Angebote in Stadt und Land auszubauen und dauerhaft finanziell abzusichern, Takte zu verdichten und mehr On-Demand-Verkehre einzurichten, stillgelegte Bahnstrecken zu reaktivieren und Neubaugebiete an der ÖPNV-Erreichbarkeit zu orientieren. Zudem wollen wir neue Finanzierungsquellen für den öffentlichen Nahverkehr wie eine Beitragsfinanzierung erschließen. Statt die Pendlerpauschale weiter anzuheben, was vor allem hohen Einkommen zugutekommen würde und lange Arbeitswege anreizt, wollen wir ein Konzept entwickeln, das sozialen und ökologischen Kriterien gerecht wird, damit alle profitieren.

Klimageld einführen - Haushalte entlasten

Der Emissionshandel und die damit verbundene Bepreisung von CO_2-Emissionen sorgt für ehrliche Preise und belohnt die, die in Klimaschutz investieren oder aus anderen Gründen nichts oder nur wenig zur weiteren Erderhitzung beitragen. Da noch nicht alle zum Start des europäischen Emissionshandels ETS 2 mit

Wärmepumpen, E-Autos und Niedrigenergiehäusern ausgestattet sein werden, brauchen wir zum Ausgleich endlich ein sozial gestaffeltes Klimageld. Als Sofortentlastungsmaßnahme setzen wir auf die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum.

Die schwarz-rote Koalition hat das Klimageld faktisch beerdigt – obwohl es in den Wahlprogrammen angekündigt wurde. Damit verspielt sie Glaubwürdigkeit und gefährdet die politische Akzeptanz des CO_2-Preises. Der für ein Klimageld notwendige Auszahlungsmechanismus ist inzwischen technisch bereit. Jetzt muss die Bundesregierung den politischen Willen aufbringen, das Klimageld umzusetzen – als direkten, jährlichen, barrierefrei ausgestalteten Rückfluss von einem Großteil der Einnahmen aus der CO_2-Bepreisung von Gebäudewärme und Verkehr. Es schafft einen Ausgleich für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Sie werden entlastet, während Vielverbraucher*innen einen größeren Teil der Transformationskosten tragen. Sollten aus dem regulären Haushalt und dem Klima- und Transformationsfonds nicht genügend Mittel für eine sozial gerechte Förderung zur Verfügung stehen, werden wir andere Finanzierungsmöglichkeiten prüfen, die unseren Ansprüchen an eine sozial gerechte Transformation folgen. Wir fordern die Bundesregierung auf, das Klimageld sofort startklar zu machen und 2027 erstmals auszuzahlen.

Förderprogramme sozial und regional gerecht gestalten

Moderne klimafreundliche Technologien wie Wärmepumpen, Geothermie oder energetische Gebäudesanierungen entlasten nach einigen Jahren durch geringere Verbrauchskosten, sind aber in der Anschaffung teuer. Damit auch Menschen mit geringem Einkommen und Vermögen den Umstieg starten können, müssen Förderprogramme konsequent auf Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen ausgerichtet werden. Wer wenig hat, erhält die höchste Förderung, einkommensstarke Haushalte entsprechend weniger. Dieses Prinzip findet bisher ausschließlich bei der Förderung für Heizungen aus erneuerbaren Energiequellen – also etwa Wärmepumpen – Anwendung. Es ist aber auch für andere Modernisierungsmaßnahmen richtig.

Damit die Wärmewende in der gesamten Gesellschaft zum Erfolg wird, braucht es zudem weitere Schritte. Deshalb nehmen wir die Menschen mit kleinsten Einkommen bei der Wärmewende besonders in den Blick. Wer weder einen Eigenanteil noch die Vorfinanzierung der KfW leisten kann, darf nicht in der fossilen Kostenfalle hängen bleiben. Wir bauen die Förderung daher aus, dass sie z.B. auch für ein bezuschusstes Heizungs-Leasing-Programm oder für Wärme-Contracting-Modelle genutzt werden kann. So können alle bei der energetischen Sanierung und beim Heizungstausch mitmachen, die lieber überschaubare monatliche Raten zahlen anstatt eine größere Investition vorzufinanzieren. Indem wir die Stromsteuer für alle abschaffen und flexible Tarife unterstützen, wird Wärmepumpenstrom günstiger und dadurch noch attraktiver als das Heizen mit fossilen Brennstoffen. Im Osten Deutschlands sind rund ein Drittel aller Haushalte an Fernwärme angeschlossen, ein enormes Potenzial. Es gilt weiterhin in effiziente Wärmenetze zu investieren und etwa Stadtwerke beim Umstieg auf nachhaltige Wärmequellen zu unterstützen.

Für den Erfolg der ökologischen Modernisierung unseres Landes sind unsere Städte und Gemeinden unerlässlich: Wir kämpfen im Bund und in den Ländern weiter dafür,

dass die Kommunen aus den Einnahmen aus erneuerbaren Energien einen gerechten Anteil erhalten und sie mit gezielten Förderprogrammen dabei unterstützt werden, ihre kommunale Wärmeplanung Wirklichkeit werden zu lassen: Mit Investitionszuschüssen sowie gezielter Unterstützung auch für Genossenschaften und Kommunen wollen wir mehr bezahlbare Fernwärme aus erneuerbaren Energiequellen wie Großwärmepumpen nach dänischem Vorbild, lokale und nachhaltige Nahwärmenetze und dezentrale Lösungen ermöglichen, die kommunal gut begleitet werden. Durch massive Investitionen wird Deutschland zum Wärme-Innovationsland. So schaffen wir für Städte und ländliche Regionen örtlich angepasste Lösungen.

Für Vermieter*innen müssen attraktive Anreize geschaffen werden, verbunden mit einer klaren Begrenzung der Modernisierungsumlage, damit Warmmieten nicht steigen. Insbesondere private Vermieter*innen werden wir bei der energetischen Sanierung weiter verlässlich mit Förderzuschüssen unterstützen und kostengünstige serielle Sanierungsverfahren voranbringen. Mit dem CO_2-Kosten-Aufteilungsgesetz haben wir in der Ampel dafür gesorgt, dass Vermieter*innen einen eigenen Anreiz haben, die Kosten für die Gebäudewärme für ihre Mieter*innen gering zu halten. Je energieeffizienter ein Haus ist, desto geringer ist der Vermieteranteil am CO_2-Preis. Dieses Stufenmodell wollen wir weiterentwickeln und den Mieteranteil an den CO_2-Kosten verringern. Erst wenn die Vermieter*innen ambitioniert saniert haben, darf der CO_2-Preis auf die Mieter*innen umgelegt werden. Wer nicht saniert, zahlt mehr als bisher – wer seine Mieter*innen vor Energiekostensteigerungen schützt, wird belohnt. So lohnt sich kluges, nachhaltiges Handeln für Mieter*innen und Vermieter*innen gleichermaßen. Zusätzlich soll der Milieuschutz so reformiert werden, dass er zugleich sinnvolle Maßnahmen für die energetische Sanierung und Wärmewende ermöglicht und die Mieter*innen vor Mietsteigerungen schützt.

Trotz der Fehlentscheidung zur Verschiebung des ETS 2 darf die Bundesregierung nicht länger warten, einen Plan vorzulegen, wie die mehr als fünf Milliarden Euro aus dem europäischen Klima-Sozialfonds gezielt für Haushalte mit wenig Einkommen eingesetzt werden. Mit den Mitteln aus dem Klima-Sozialplan wollen wir auch Anreize für elektrische Kleinwagen setzen. Damit kehren wir auch den derzeitigen Trend zu immer größeren Autos um, dies schont zudem das Klima, Flächen und Ressourcen.

Bahn stärken – saubere Mobilität für alle ermöglichen

Eine moderne Wirtschaft braucht einen bezahlbaren öffentlichen Fern- und Nahverkehr mit einer modernen und zuverlässigen Bahn als Rückgrat. Die Investitionen in Sanierung, Digitalisierung und Elektrifizierung der Bahninfrastruktur, den Aus- und Neubau von Bahnstrecken, die Modernisierung von Bahnhöfen sowie den Personennahverkehr müssen mindestens verdoppelt und für zehn Jahre gesichert werden. In der Ampel-Regierung haben wir es geschafft, dass erstmals mehr Geld in die Schiene als in die Straße geflossen ist. Und wir haben den Finanzierungskreislauf Straße durchbrochen – Einnahmen aus der Lkw-Maut sind endlich auch in die Bahninfrastruktur geflossen. Beide Erfolge werden unter Schwarz-Rot zurückgedreht. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Bahn-feindliche Politik zu beenden.

Auch beim Deutschlandticket braucht es eine stärkere Beteiligung des Bundes, damit der Preis mit steigendem Ausbau des ÖPNV wieder auf 9 Euro sinken kann – denn das ist unser Ziel. Neben bezahlbaren Tickets ist ein gutes Angebot entscheidend, doch während Deutschland die teuersten Autobahnkilometer der Welt baut, fehlt es an einer funktionierenden Bahn sowohl im Fernverkehr wie auch regional – eine enorme Belastung für Pendler*innen und Unternehmen. Wir kämpfen dafür, dass mittelgroße Städte wie Heidelberg und Jena, Lübeck und Schwerin regelmäßig im Fernverkehrsnetz der Schiene eingebunden sind, der Fernverkehr auf der Schiene ausgebaut wird und mehr Nachtzugverbindungen geschaffen werden. Ebenso braucht es eine Offensive für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und eine deutliche Erhöhung der Regionalisierungsmittel. Die neue Bahnstrategie muss endlich mit einem Maßnahmenpaket zur Fachkräfteanwerbung und Baubeschleunigung hinterlegt werden. Ebenso sollen Güterverkehr und Schifffahrt ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten, etwa durch besseren kombinierten Güterverkehr, durch klimafreundliche Antriebe, Nutzung von Landstrom und Schiffsrecycling.

Klimaschutz ist wichtiger als immer neue Autobahnprojekte. Mittel für Aus- und Neubau sollen statt in neue Straßen in den Ausbau der klimafreundlichen Schiene fließen. Denn während unser Schienennetz einen leistungsfähigen Ausbau braucht, ist das Straßennetz gut ausgebaut und benötigt daher Sanierungen statt Neubau. Dazu wollen wir einen integrierten Bundesmobilitätsplan für eine klimaneutrale, flächenschonende und sozial gerechte Mobilität erarbeiten und alle Projekte unter Berücksichtigung der Klimaziele kritisch überprüfen. Für die Straßeninfrastruktur ist unsere Priorität klar: Sanierung und Erhalt vor Neubau. Das wissen alle, die unter maroden Brücken und gesperrten Straßen leiden. Um den berechtigten Interessen im Rad- und Fußverkehr und der Verantwortung des Verkehrssektors für den Klimaschutz gerecht zu werden, wollen wir die Straßenverkehrsordnung im Sinne besserer Flächengerechtigkeit weiter anpassen. Der Bund soll endlich auch gezielt Radschnellverbindungen in und zwischen Kommunen fördern und den Fußverkehr mit Leuchtturmprojekten unterstützen.

Gute Arbeit sichern – Sicherheit im Wandel schaffen

Gute und verlässliche Arbeit ist essenziell für sozialen Zusammenhalt. Wir setzen uns gemeinsam mit Gewerkschaften und vielen Unternehmen für eine gestärkte Tarifbindung, einen wirklich armutsfesten Mindestlohn und gute Arbeitsbedingungen in allen Branchen ein. Arbeit darf nicht krank machen – sie muss Sicherheit, Perspektiven und Würde bieten. Gute Arbeit ist die soziale Basis jeder erfolgreichen Transformation. Beschäftigte müssen in Veränderungsprozesse einbezogen sein. Wir wollen die Mitbestimmung stärken, denn wo Menschen mitreden, mitentscheiden und gestalten können, entstehen Akzeptanz für den Wandel und auch zukunftsfähige Innovationen. Denn nachhaltige Entscheidungen entstehen dort, wo Verantwortung geteilt wird – für gute Arbeit, für das Klima und für die Zukunft unseres Landes.

Viele Unternehmen engagieren sich bereits, ihre Beschäftigten durch Qualifizierung und Weiterbildung auf den Wandel vorzubereiten. Um diesen Einsatz zu stärken und Sicherheit zu schaffen, braucht es einen Transformationsfonds, eine umfassende Qualifizierungsinitatiative sowie gezielte Förderung für von Strukturwandel betroffene Regionen. Mit verlässlichen und zukunftsorientierten

wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen wir dafür, dass Arbeitgeber*innen auch in Zukunft gute Arbeitsplätze anbieten können.

Der Wandel gelingt nur, wenn er Sicherheit bietet. Ein verlässliches soziales Netz muss Menschen in allen Lebenslagen schützen – bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflege. So entsteht Vertrauen in Veränderung und der Glaube: Niemand bleibt zurück.

Gesundheitsschutz stärken – Kommunen bei der Klimaanpassung unterstützen

Für uns ist das Recht aller Menschen auf eine gesunde und lebenswerte Zukunft das Leitprinzip aller Klimafolgenanpassungsstrategien. Sozial gerechter Klimaschutz bedeutet auch, Schutzmaßnahmen gegen Extremwetterereignisse wie Hitze, Stürme und Überschwemmungen konsequent auszubauen. Für uns ist das Recht aller Menschen auf eine gesunde und lebenswerte Zukunft das Leitprinzip aller Klimafolgenanpassungsstrategien. Daten bestätigen, dass Hilfesysteme, medizinische Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, Sportvereine und viele andere die zunehmende Wärmebelastung und die damit verbundenen gesundheitlichen Konsequenzen zunehmend zu spüren bekommen.

Wir wollen den Gesundheitsschutz insbesondere von vulnerablen Gruppen wie Kleinkindern, älteren und gesundheitlich vorbelasteten Menschen, Menschen mit Behinderungen, Obdach- und Wohnungslosen sowie von Schwangeren sukzessive stärken. Durch moderne Gestaltung wie baulichen Hitzeschutz, klimaangepasste öffentliche Räume, die Entsiegelung von Flächen, Planung grüner Oasen in stark versiegelten Räumen, aber auch die Verbesserung eines barrierefreien und inklusiven Katastrophenschutzes, des öffentlichen Gesundheitsdienstes und der psychiatrischen Versorgung ebenso wie die Modernisierung von Fahrzeugen im ÖPNV, Notfallpläne und Hitzeberatung wirken wir den Risiken von Hitzschlag, Dehydration und hitzebedingten Gesundheitsschäden entgegen. Zudem wollen wir die Präventions- und Versorgungsstrukturen, etwa im psychiatrischen Bereich, mit Blick auf diese besonders vulnerablen Gruppen ausbauen. Ebenso gilt es, auf die Bedrohung durch Überschwemmungen mit Maßnahmen wie naturnahen Flussläufen, Schwammstadtkonzepten und naturgerechter Gewässerpflege gemeinsam mit den Kommunen sowie mehr Entsiegelung zu reagieren.

Verantwortung einfordern – fossile Subventionen abbauen, Verursacher beteiligen

Wer Klimagerechtigkeit ernst meint, darf fossile Fehlanreize nicht länger hinnehmen. Noch immer fließen Milliarden in klimaschädliche Subventionen für Diesel, Dienstwagen, Kerosin oder unwirtschaftliche Regionalflughäfen. Das muss aufhören. Diese Mittel fehlen bei der Finanzierung des Klimageldes, beim sozialen Ausgleich und bei Zukunftsinvestitionen. Wir fordern die Bundesregierung auf, beim sozialverträglichen Abbau klimaschädlicher Subventionen substanziell voranzukommen und die freiwerdenden Mittel konsequent in Klimageld, Wärmewende und öffentliche Mobilität umzuleiten.

Wir stehen für das Verursacherprinzip und seine konsequente Anwendung. Wer massive ökologische wie ökonomische Schäden verursacht, darf mit diesem

Geschäftsmodell keine unverhältnismäßigen Gewinne machen. Wir erwarten, dass fossile Unternehmen stärker an den Kosten der Klimaschäden und der Klimaanpassung in den Kommunen beteiligt werden. Dazu gehört auch eine Fortführung der ökologischen Finanzreform, damit die Kosten von Ressourcenverbrauch und Klimabelastung stärker internalisiert und Anreize für zukunftsfähiges und klimaneutrales Wirtschaften gesetzt werden. Unternehmen, die Gewinne aus Ausbeutung und Verkauf von Öl, Kohle und Gas erzielen, werden wir verpflichten, entsprechende Beträge aus Übergewinnen aus diesem Bereich in einen Fonds einzuzahlen, mit dem Kommunen bei der Bewältigung von Klimaschäden und bei Investitionen in die Klimaanpassungsmaßnahmen unterstützt werden. Zugleich müssen die Konzerne, die fossile Energieträger abgebaut haben, wie bei Atomkraft und Steinkohle verbindlich für die Kosten der Ewigkeitsschäden in einem Rückstellungsfonds aufkommen. Dafür werden wir die entsprechenden Möglichkeiten schaffen.. Nur ein starkes Lieferkettengesetz sichert, dass große Unternehmen dieser Verantwortung auch im Ausland nachkommen. Eine weitere Abschwächung der EU-Lieferkettenrichtlinie und des deutschen Lieferkettengesetzes lehnen wir ab. So entsteht eine Klimapolitik, die gerecht, wirksam und mehrheitsfähig ist – eine Politik, die niemanden überfordert, sondern alle einlädt, Teil der Lösung zu sein.

Mit Privatjets schädigen Superreiche das Klima und verantworten mit ihrem Luxus in besonderem Maße die Zerstörung unserer Erde. Die 50 reichsten Milliardäre emittieren im Schnitt in nur 90 Minuten – über Privatjets und Yachten – mehr CO_2 als ein durchschnittlicher Mensch im ganzen Leben. Wir fordern daher den Beitritt zur Premium Flyers Solidarity Coalition, unter anderem mit Frankreich, Spanien und Kenia, für eine gerechte Luftverkehrssteuer auf Privatjets sowie First- und Business-Class-Tickets. Konkret bedeutet das für jeden Passagier nach dem Vorbild Frankreichs im Privatjet eine Abgabe von 420 Euro innereuropäisch und bis zu 2.100 Euro bei internationalen Flügen. Zudem wollen wir Steuerschlupflöcher bei der Kerosinsteuer schließen und Privatjets zu einer besonders hohen Quote von klimafreundlichen Power-to-Liquid-Kraftstoffen verpflichten.

Wirtschaft modernisieren – Klimaziele als Standortstrategie

Das deutsche Wirtschaftsmodell – der Dreiklang aus vermeintlich billigen Gasimporten, schier unendlich wirkenden Absatzmärkten in China und der Auslagerung der Verantwortung für unsere Sicherheit an die USA – steckt in einer tiefen strukturellen Krise und hat sich spätestens mit Beginn der Zeitenwende überholt. Das auf Ressourcenausbeutung und Klimazerstörung aufgebaute Wirtschaftswachstum ist am Ende. Die Exportabhängigkeit, die lange ein Erfolgsmodell war, wird zur Schwachstelle. Die Absatzmärkte in China und den USA verändern sich rapide. Die Abhängigkeit von billigem Gas ist nicht überwunden. Und viele Branchen, aber auch die Politik haben zu lange auf alte Technologien gesetzt, statt rechtzeitig auf Zukunftsmärkte zu reagieren. In der aktuellen Lage herrscht nicht zuletzt wegen der anhaltend schlechten Standortbedingungen große Investitionszurückhaltung. Wer nicht weiß, wie sein Unternehmen die nächsten Jahre überleben soll, investiert nicht in die darauffolgenden Jahrzehnte.

Für die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen des energieintensiven Mittelstandes sowie der Industrie braucht es daher einen Brückenstrompreis von 5 Cent pro kWh. So schaffen wir für unsere Unternehmen gute Wettbewerbsbedingungen und ein gutes Investitionsklima, allem voran Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen. Damit sorgen wir so für günstige, verlässliche und klimaneutrale Energie für unsere Wirtschaft.

Überall in Deutschland haben sich Unternehmen aufgemacht, ihre Geschäftsmodelle und Produktionsprozesse weiterzuentwickeln und auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz auszurichten. Sie sind unsere Partner und Verbündeten im Kampf gegen die Erderhitzung und verdienen unsere Unterstützung auf diesem Weg. Doch genau diese Unternehmen schauen unter Schwarz-Rot in die Röhre, weil ihnen die Planungs- und Investitionssicherheit entzogen wird. Von dieser Entwicklung profitieren diejenigen, die in der Phase des klimapolitischen Aufbruchs abgewartet, verzögert oder sogar aktiv bekämpft haben.

Ehrlichkeit heißt auch, klar zu benennen: Geschäftsmodelle, die auf der Bereitstellung, dem Transport oder der Verbrennung fossiler Energien beruhen, werden enden, wenn wir unsere Lebensgrundlagen erhalten wollen. Die Bewältigung dieser Menschheitsaufgabe ist nicht allein ein technologischer, sondern auch ein gesellschaftlicher Prozess. Wie groß die Schäden durch die Klimakrise sind, hängt auch davon ab, wie gut wir uns darauf vorbereitet haben. Die Anpassung an die Klimakrise ist deshalb eine gesellschaftliche, ökonomische und soziale Kernaufgabe der kommenden Jahre und Jahrzehnte.

Während andere Länder industriepolitisch klare Modernisierungsziele formuliert und ihre Rahmenbedingungen an den Herausforderungen der Zukunft ausgerichtet haben, haben deutsche Bundesregierungen es sich zusammen mit einigen Großunternehmen oft bequem gemacht. Junge Unternehmen und Zukunftsbranchen – etwa die Solar- oder Chipindustrie – wurden zu lange übergangen. Heute ist Deutschland in Teilen stark in den Technologien von gestern, während die USA und China bei den Technologien von morgen – von E-Mobilität über Batterien bis zur KI – vorn liegen.

Deutschland kann diesen Rückstand aufholen, wenn es jetzt entschlossen handelt. Wir haben exzellente Forschung, Erfahrung in der Entwicklung von Technologien und industrielle Kompetenz – und mit dem europäischen Binnenmarkt einen gewaltigen Hebel. Mit dem Sondervermögen für Klima und Infrastruktur bestehen historische Investitionsmöglichkeiten, um einen echten Modernisierungsschub einzuleiten.

Wir wollen die Finanzmärkte als Motor der Modernisierung nutzen. Kapitalströme dürfen nicht länger so stark von fossilen Geschäftsmodellen profitieren und sie zugleich absichern, vielmehr brauchen Investitionen in klimafreundliche und faire Wirtschaftsaktivitäten deutlich bessere Rahmenbedingungen, die ihnen Vorfahrt und ein Wachsen in Europa ermöglichen. Dafür wollen wir die Nachhaltigkeitsgesetzgebungen in Europa kohärenter, einfacher und damit effektiver und attraktiver machen, Greenwashing konsequent unterbinden, Nachhaltigkeitskriterien für Finanzprodukte verbindlich und verständlicher machen sowie Klima- und Biodiversitätsrisiken stärker in die Finanzaufsicht integrieren. Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind essenziell für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft.

Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der EU-Taxonomie ein, die fossile Energien klar ausschließt und glaubwürdige Standards für nachhaltige Finanzprodukte schafft. Denn Erdgas und Atomkraft sind nicht grün. Nur wenn das Finanzsystem klima- und sozialgerecht aufgestellt ist, gelingt die Transformation unserer Wirtschaft. Diese Transformation bringt für die Unternehmen große Herausforderungen mit sich. Viele tätigen mutige und mitunter riskante Investitionen, aus Verantwortung und unternehmerischer Weitsicht. Wir wollen sie auf diesem Weg unterstützen und nicht mit zusätzlicher Bürokratie belasten. Die Taxonomie wollen wir deshalb so gestalten, dass sie nachvollziehbar die relevanten Sektoren erfasst. Außerdem wollen wir die bisher komplett dysfunktionale Kennzahl des „Green Asset Ratio“ (GAR) reformieren, damit der GAR auch eine managementrelevante Steuerungsrelevanz haben kann, und die Taxonomie-Berichtspflichten deutlich reduzieren, vereinfachen und vereinheitlichen.

Häufig entstehen soziale Innovationen, regionale Wertschöpfung und Resilienz durch gesellschaftliches Engagement. Bürgerenergiegenossenschaften, solidarische Landwirtschaft, genossenschaftliche Unverpacktläden oder das kirchliche Inklusionscafé sind als Unternehmen organisiert, verfolgen aber keine wirtschaftlichen Wachstumsziele. Diese Initiativen unterstützen wir mit Aufmerksamkeit, Förderung und Bürokratieabbau.

Forschung, Entwicklung und Skalierung in der Clean-Tech-Branche treiben wir voran. Wir stärken Anreize für privates Kapital, für Startups, Scaleups und den Mittelstand. Wir verbessern die Finanzierungsbedingungen in Deutschland und Europa umfassend. Vorrangig umsetzen wollen wir dabei Innovationen und die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und Europa, das erfordert schon die aktuelle geopolitische Lage. Aufgrund der großen Notwendigkeit, Innovation und Scaleups in Deutschland und Europa groß werden zu lassen, stehen wir den Bemühungen rund um ein 28. Regime der Kapitalmarktunion offen gegenüber. Wo regulatorische Hürden und fehlende oder unzureichende Finanzierungsmechanismen klima- und umweltfreundliche Innovation und zukunftsfähige Geschäftsmodelle verhindern, wie bei der Kreislaufwirtschaft oder der Umstellung auf klimafreundliche Industrieproduktion, schaffen wir diese Hürden ab. Während Schwarz-Rot Symbolpolitik betreibt, sind wir hier ganz klar: Wir werden unnötige Bürokratie abschaffen, gleichzeitig erhalten wir ökologische, soziale und gesundheitliche Standards, die Mensch und Umwelt schützen. Während Schwarz-Rot Symbolpolitik betreibt, sind wir hier ganz klar: Wir werden Bürokratie abschaffen, gleichzeitig halten wir ökologische, soziale und gesundheitliche Standards, die Mensch und Umwelt schützen.

Durch Digitalisierung können nachhaltige Geschäftsmodelle entstehen, ob das der digitale Zwilling in der Produktion ist, der autonom fahrende Kleinbus in ländlichen Regionen, oder das digitale Stromnetz. Daher wollen wir gerade an dieser Schnittstelle Innovationen erleichtern und gleichzeitig für nachhaltige Rechenzentren sorgen.

Welche neue Technologie wie eingesetzt wird, ist auch eine politische Frage. Wir stehen für offene, faktenbasierte Debatten und demokratische Entscheidungen über neue Technologien – diese Entscheidungen dürfen nicht alleine wenige mächtige Männer aus dem Silicon Valley oder der chinesischen Führung treffen.

Klima schützt Natur schützt Klima

Wir wollen mit der Natur wirtschaften, nicht gegen sie. Nur mit einer intakten Natur, die in großen Mengen Treibhausgase speichert, kann die Klimakrise eingehegt werden. Der natürliche Klimaschutz hat eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der Klimakrise. Gesunde Wälder und Auen, Böden und Moore, Meere und Gewässer, Grünflächen in der Stadt speichern zugleich Kohlenstoff, bieten Lebensraum für bedrohte Arten und dienen als Wasserspeicher und Ökosystemstabilisatoren der Klimavorsorge. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass die Milliardeninvestitionen in das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz, das wir in der letzten Bundesregierung aufgelegt haben, kontinuierlich fortgeführt werden. Wir werden großflächig die Natur wiederherstellen, Wasser in der Landschaft halten und natürliche Treibhausgassenken wie Moorböden, Humus und naturnahe Wälder wieder aufbauen. Unsere Landbewirtschaft soll zukunftsfähig werden, indem sie sich gleichzeitig an die sich ändernden Klimabedingungen anpasst und klimafreundlicher produziert. Eine ökologische Steuerreform auch für Lebensmittel kann dazu beitragen, dass Produktion und Konsum von pflanzlichen Lebensmitteln ausgebaut werden und die klimaschädliche Massentierhaltung endet.

Sondervermögen und Klima- und Transformationsfonds gezielt nutzen

Der Klima- und Transformationsfonds (KTF) ist das finanzielle Rückgrat der ökologischen Modernisierung. Er kann – genauso wie das neu geschaffene Sondervermögen – seine volle Modernisierungswirkung aber nur entfalten, wenn seine Einnahmen konsequent für den wirtschaftlichen Umbau oder Förderungen ausgegeben werden, die direkt im Alltag der Bürger*innen wirken – wie die Heizungsförderung, die energetische Stadtsanierung oder Energiesparchecks. Die Umwidmung des KTF etwa zur Ansiedelung einzelner Unternehmen steht diesem Ziel entgegen.

Schwarz-Rot setzt diese Schieflage fort, anstatt sie zu korrigieren – und öffnet zugleich neue Schlupflöcher, die Klimaschutz offen konterkarieren. Zwar konnten wir verhindern, dass, wie ursprünglich von Lars Klingbeil geplant, Strafzahlungen für verfehlte Emissionsziele aus dem Fonds bestritten werden. Die jüngste Gesetzesänderung erlaubt es aber, über den KTF künftig auch Gaspreissenkungen zu finanzieren. Bereits 2025 werden über die Gasspeicherumlage Mittel des Fonds dafür genutzt. Auch Posten wie die Finanzierung von Kernfusionsforschung haben in einem Klimafonds nichts verloren.

Mit den aus dem KTF finanzierten Klimaschutzverträgen haben wir die Investitionsrisiken der Unternehmen reduziert, die sich für den klimafreundlichen Umbau ihrer Produktionsprozesse entscheiden. Die Absicherung der Differenzkosten zwischen konventioneller und emissionsarmer Produktion trägt dazu bei, dass ein Business Case für grüne Produktion entsteht. Durch grünen Druck ist es gelungen, die Klimaschutzverträge weiterzuführen - und das, obwohl Katherina Reiche sie lieber hätte auslaufen lassen. Wir wollen die Klimaschutzverträge pragmatisch, mittelstandsfreundlich und bürokratiearm weiterentwickeln.

Mit dem Sondervermögen für Klimaschutz und Infrastruktur haben wir die Möglichkeit geschaffen, dass zentrale Modernisierungsprojekte gezielt

angeschoben werden können. Teile der Wirtschaft investieren schon jetzt in eine klimaneutrale Produktion – genau zur richtigen Zeit: China beginnt, CO_2-reduzierten Stahl nach Europa zu exportieren und erhöht so den Druck auf heimische Produzenten. Anstatt diese Umstellung hin zu klimafreundlichen Produktionsprozessen der Zukunft zielgerichtet mit den neuen Milliarden aus dem Sondervermögen zu unterstützen, organisiert Schwarz-Rot die Rückkehr zu fossilen Energieträgern.

Wir wollen das Sondervermögen stattdessen strategisch für die sozial-ökologische Transformation und als Hebel zur Schaffung klimafreundlicher Geschäftsmodelle und grüner Leitmärkte in den europäischen Schlüsselbranchen einsetzen. Damit strategisch wichtige Industriebranchen in Europa bleiben und klimafreundliche Geschäftsmodelle durchstarten können, braucht es eine gesicherte Nachfrage durch die Schaffung grüner Leitmärkte, die Investitionen anreizen und industrielle Wertschöpfung auch in den kommenden Jahrzehnten in Europa halten.

Deshalb sollte zusammen mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz die Vergabe von öffentlichen Investitionen an Herkunftsnachweise und Mindestanteile europäischer Wertschöpfung gebunden sein. So sollte etwa festgelegt sein, dass mindestens zehn Prozent des verbauten Stahls klimaneutraler Stahl aus Deutschland oder der EU sein müssen. Allein die Deutsche Bahn als hundertprozentig bundeseigenes Unternehmen kann bei ihren Investitionen aus dem Sondervermögen Vorreiterin darin sein, klimafreundlich produzierte Güter made in Europe einzusetzen. So entstehen europäische Leitmärkte, die Investitionen anreizen und europäische Wertschöpfung sichern. Dieses Prinzip sollte auch in anderen strategisch wichtigen Branchen – etwa Batterien, Wasserstoff oder klimaneutrale Grundstoffe – Anwendung finden.

Automobilindustrie zukunftsfähig machen

Teile der Automobilindustrie haben mit Unterstützung einer zögernden Politik großer Koalitionen zu lange auf alte Technologien gesetzt und so die Transformation verschlafen. Die deutschen Hersteller drohen im globalen Wettbewerb zunehmend Marktanteile zu verlieren, insbesondere an neue Wettbewerber aus dem asiatischen Raum. Während in weiten Teilen der Welt die Elektromobilität auf dem Vormarsch ist, diskutiert die Bundesregierung über eine Renaissance des Verbrennungsmotors. Es ist gleichermaßen gefährlich für den Klimaschutz und die Zukunft unseres Industriestandorts, dass rückwärtsgewandte Politiker*innen, insbesondere von Union und SPD, die europäische Einigung zum Verbrenner-Aus in Frage stellen und somit Unsicherheit schüren. In der aktuellen Strukturkrise braucht die Branche Planungssicherheit und gezielte Impulse für klimaneutrale Innovationen: Die klare Orientierung, dass ab dem 1. Januar 2035 in Europa kein fossiler Verbrenner mehr neu zugelassen wird, muss durch Anreize, die Attraktivität elektrischer Mobilität zu steigern, Förderung von Innovationen sowie durch strukturpolitische Maßnahmen in den vom Wandel der Automobilindustrie besonders betroffenen Regionen ergänzt werden. Dafür muss die Bundesregierung sorgen. So stärken wir die Position unserer Unternehmen auf den internationalen Märkten.

Wir fordern einen Ausbau der und Zugang zur deutschen und europäischen Ladeinfrastruktur für verlässliches und bezahlbares Laden und die Senkung der Stromsteuer für alle, ein Sonderbeschaffungsprogramm für E-Mobilität in Behörden

und kommunalen Diensten, sozial gestaffelte Fördermodelle für Haushalte mit geringem Einkommen (z.B. „Social Leasing“), die an europäische Wertschöpfungsketten gebunden sind, sowie eine auf emissionsfreie, batterieelektrische Fahrzeuge ausgerichtete Kfz-Besteuerung. Förderung muss da ankommen, wo sie gebraucht wird. Wir wollen insbesondere Menschen mit geringem Einkommen beim Umstieg auf die Elektromobilität konkret unterstützen: Wer, insbesondere auf dem Land, oder zum Pendeln auf das Auto angewiesen ist und weniger als 40.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen hat, zahlt für das Leasing eines elektrischen Kleinwagens maximal 100 Euro pro Monat.

Die Elektrifizierung der Dienstwagenflotten ist einer der größten kurzfristig realisierbaren CO_2-Hebel im Verkehrssektor und zugleich sozialpolitisch sinnvoll. Ein aufkommensneutrales Bonus-Malus-System aus steuerlichen Maßnahmen kann dabei sicherstellen, dass Fahrzeuge mit hohem CO_2-Ausstoß stärker belastet und vollelektrische Fahrzeuge steuerlich entlastet werden. Diese Maßnahme trägt zur Erreichung der nationalen Minderungsziele im Verkehrssektor bei und kann zugleich Preissteigerungen durch den ETS 2 abmildern.

Wer industrielle Wertschöpfung und strategisch wichtige Hersteller wie Zulieferer in Deutschland und Europa halten will, muss staatliche Förderung an Elektromobilität aus europäischer Wertschöpfung binden. Wir setzen daher auf eine E-Auto-Kaufprämie und steuerliche Förderung emissionsarmer Fahrzeuge, die besondere Anreize für Automodelle made in Europe setzt. Zudem setzen wir uns für attraktive Kooperationen zwischen Autoherstellern und Netzbetreibern ein, bei denen Privathaushalte mittels bidirektionalem Laden bei ihrer Stromrechnung um mehrere Hundert Euro entlastet und E-Autos so zu flexiblen Batteriespeichern einer dezentralen Energiewende werden.

Kohleausstieg vollenden – Gasunabhängigkeit strategisch angehen

Deutschland hat mit dem Kohlekompromiss einen ersten Rahmen für einen geordneten Ausstieg aus dem Abbau und der Verstromung von Kohle gesetzt. Auf grüne Initiative ist es gelungen, den Kohleausstieg im Rheinischen Revier gesetzlich und im Konsens mit den Betreibern auf 2030 vorzuziehen. Nun geht es darum, diesen Ausstiegsplan konsequent umzusetzen. Auch in den mittel- und ostdeutschen Kohlerevieren ist der Kohleausstieg deutlich vor 2038 möglich. Das Geschäft rentiert sich immer weniger, die Blöcke sind im modernen Stromsystem zu unflexibel, die Kohleverstromung sinkt unwiderruflich. Wir halten es weiter für sinnvoll und notwendig, den Unternehmen, den Beschäftigten und den Regionen durch eine gesetzliche Regelung Planungssicherheit zu geben, damit etwa die Auszahlung der Strukturmittel an einen neuen Zeitplan angepasst werden kann. Jegliche Tagebauerweiterung wie in Nochten steht im krassen Widerspruch zu allen Klimazielen und ist energiewirtschaftlich nicht notwendig, weshalb wir sie ablehnen. Wir lassen die Regionen und Beschäftigten nicht allein und haben die Strukturmittel für den Kohleausstieg flexibilisiert, damit der Strukturwandel im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier nicht lahmt.

Um die Energieversorgung langfristig zu sichern und Preisschwankungen sowie Abhängigkeiten zu vermeiden, braucht Deutschland aber auch eine klare Gasunabhängigkeitsstrategie. Durch konsequenten Ausbau von Wind- und Solarenergie, Elektrifizierung von Industrieprozessen und Wärmeinfrastruktur,

den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und Investitionen in Speichertechnologien kann der Gasverbrauch in den kommenden Jahren halbiert werden. Das ist nötig, denn nur so lässt sich die energiepolitische Abhängigkeit von teuren LNG-Importen aus den USA und autokratisch regierten Staaten beenden. Die im Rahmen des Zoll-Deals geplanten Ausgaben von bis zu 750 Milliarden Euro für Trumps LNG-Gas lehnen wir entschieden ab.

Zu einer Gasunabhängigkeitsstrategie gehört, die Bewilligung zur Förderung von Gas (und Öl) zu begrenzen und keine neuen Gasfördergenehmigungen zu erteilen. Das Vertragsgesetz für ein Unitarisierungsabkommen mit den Niederlanden konterkariert die internationalen Klima- und Biodiversitätsziele, widerspricht der Zielsetzung der Energiewende und gefährdet das hochsensible Ökosystem der Nordsee. Deswegen wollen wir dafür sorgen, dass es nicht zustandekommt. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die sieben grün-mitregierten Länder im Bundesrat bereits ihre Ablehnung angekündigt haben und fordern die anderen Landesregierungen auf, diesem Abkommen ebenfalls die Zustimmung zu verweigern. Die geplante Gas-Förderung vor Borkum lehnen wir wie andere Gas- und Ölförderprojekte, z.B. in Bayern und in der Ostsee ab.

Es war richtig, nach der Vollinvasion Russlands in der Ukraine eine LNG-Infrastruktur zu schaffen, um schnell die wegfallenden Lieferungen russischen Erdgases zu ersetzen. Zugleich ist für uns klar: Neue Langfristverträge für den Import fossilen Gases oder neue LNG-Terminals sind nicht mit den Klimazielen und auch nicht mit einer Gasunabhängigkeitsstrategie vereinbar. Der Gasrausch der schwarz-roten Bundesregierung gefährdet die Klimaziele und unsere Sicherheit. Anstatt uns mit teurem, umwelt- und klimaschädlichem Fracking-Gas erpressen zu lassen, bringen wir die begonnene Reduktion des europäischen Gasverbrauchs als auch den Umstieg auf Sonne und Wind, grünen Wasserstoff und andere erneuerbare Quellen weiter voran. Die Nutzung von fossilem Gas werden wir schrittweise reduzieren und so schnell wie möglich, spätestens bis 2045, beenden, um die Klimaziele sicher einzuhalten. Gas- und Erdölförderung richten weltweit gravierende, oft nicht hinreichend bilanzierte Gesundheits- und Umweltschäden an – gerade auch durch Fracking – und vertreiben Menschen aus ihrer Heimat. Methanleckagen können dazu führen, dass Erdgas bilanziell für ähnlich hohe Treibhausgasemissionen verantwortlich ist wie Kohle.

In Deutschland wird Fracking zurecht nicht genutzt, nun müssen auch die Importe schrittweise zurückgefahren werden. Außerdem fordern wir einen Importstopp für russische Stickstoffdünger, mit denen Putin überschüssiges Gas in Wert setzt, und eine Agrarpolitik, die unsere Landwirtschaft unabhängig von Kunstdünger macht.

In Abstimmungen mit unseren europäischen Partnern werden wir die LNG-Infrastruktur in Deutschland regelmäßig auf ihre Notwendigkeit überprüfen, Lock-in-Effekte von Gasinfrastruktur vermeiden, überflüssige Terminals schließen und alle neue Energieinfrastruktur mit dem verbindlichen Kriterium versehen, dass sie den Wechsel hin in ein Energiesystem auf der Basis von erneuerbaren Energien vollziehen kann. Nun muss es darum gehen, die gesamte fossile Infrastruktur und ihre Auslastung auf ein für die Versorgungssicherheit notwendiges Maß zu begrenzen. Bei den vorhandenen Terminals setzen wir uns dafür ein, dass Emissions- und Abwassergrenzwerte und weitere Regelungen zum Schutz von Umwelt, Natur und Bevölkerung voll eingehalten werden.

Klimaschutz global entschlossen und gerecht angehen

Klimaschutz endet nicht an nationalen Grenzen, im Gegenteil: Die weltweite Klimakrise bedarf multilateraler Antworten, denn sie ist eine existenzielle Herausforderung für die ganze Menschheit. Die Weltklimakonferenz COP30 war ein Prüfstein dafür, wie ernsthaft und glaubwürdig Regierungen an der Umsetzung der Pariser Klimaziele arbeiten. Die Bundesregierung hat diesen Test nicht bestanden und ist mit dafür verantwortlich, dass die Ergebnisse dieser Weltklimakonferenz den Erwartungen nicht gerecht geworden sind – obwohl die brasilianische Regierung mit vollem Einsatz für einen Erfolg gearbeitet hat. Dafür hat sie von Bundeskanzler Merz statt Engagement nur Spott geerntet.

Gerade nach dem Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen muss Europa sich an die Spitze der Willigen stellen und alle zusammenbringen, die die Chancen der Erneuerbaren erkannt haben und zugleich in internationale Klimafinanzierung investieren wollen. Auch China als größter CO_2-Emittent der Erde wird weiter eine zentrale Rolle in der Klimapolitik spielen und sollte mit Europa das Interesse teilen, Milliarden an fossilen Energieimporten einzusparen.

Eine Regierung, die zu Hause weiterhin auf fossile Gaskessel setzt und den Umstieg auf E-Autos auf die lange Bank schiebt, kann auf der Weltbühne nicht glaubwürdig um mehr Klimaschutz verhandeln. Die Klimapolitik dieser Bundesregierung ist scheinheilig: Sie bietet zwar Geld für den Regenwaldfonds an, kürzt aber gleichzeitig drastisch die Entwicklungszusammenarbeit im Bundeshaushalt. Damit verpasst sie auch die Chance, die geostrategische Lücke zu nutzen, die der Rückzug der Trump-Regierung gerissen hat. Wir fordern die Regierung Merz auf, jetzt mindestens ihre zugesagten 6 Milliarden Euro für die internationale Klimafinanzierung einzuhalten und einen Fahrplan zur Verdreifachung der deutschen Beiträge bis 2035 vorzulegen, wie im COP29-Beschluss vereinbart. Sie muss dafür Klimapartnerschaften auf Augenhöhe schließen und dabei jeweils die Stimmen der Zivilgesellschaft vor Ort – insbesondere Indigene und vulnerable Gruppen – berücksichtigen.

Längst ist der Klimaschutz auch Teil des internationalen Rechts. Zahlreiche Gerichtsentscheidungen, so bspw. des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 2024 und das Rechtsgutachten des internationalen Gerichtshofs vom Juli 2025 haben unmissverständlich festgestellt: Staaten können für unzureichende Klimaschutzmaßnahmen völkerrechtlich haftbar gemacht werden. Die Kürzungen der Regierung Merz setzen Deutschland also auch handfesten Haftungsrisiken aus. Diese Gerichtsurteile sind Spiegel einer sich veränderten Rechtsprechung: Klimaschutz bedeutet auch der Schutz der Menschenwürde für alle, für unsere Generation und die unserer Kinder.

Nur auf der Grundlage wissenschaftlicher Fakten kann die Klimakrise eingedämmt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang aller Menschen zu wissenschaftsbasierten Informationen dauerhaft sichergestellt ist und für mehr Ressourcen im Kampf gegen Desinformation und Wissenschaftsfeindlichkeit. Deshalb wollen wir auch darauf hinwirken, dass laufende Ergebnisse der Klimaforschung wie neue Erkenntnisse aus Klimamodellen, Publikationen der wissenschaftlichen Vereinigungen oder die veröffentlichten IPCC-Berichte mit ihren Entwicklungspfaden und verschiedenen Worst-case- und Best-case-Szenarien für

noch mehr Menschen verständlich und in ihren realen Folgen für die menschliche Zivilisation greifbar gemacht werden. Dabei stellen wir auch immer wieder heraus, welche Chancen sozial gerechter Klimaschutz und sozial gerechte Klimaanpassung für unsere Gesellschaft bringen.

Zudem erfordert die Klimakrise ein Umdenken auch in unserem Verständnis von Sicherheit. Die internationale Dimension der Klimakrise zeigt sich auch an den vielseitigen Sicherheitsrisiken, wie z.B. Dürren oder Überschwemmungen. Deswegen muss der Klimaschutz ein fester Bestandteil des erweiterten Sicherheitsbegriffs sein. Dieser erweiterte Sicherheitsbegriff soll für das Regierungs- und Verwaltungshandelns auf allen Ebenen Grundlage sein und in aktives Handeln umgesetzt werden. Dazu gehört, dass in allen relevanten Politikfeldern, von der Versorgungssicherheit bis zum Schutz kritischer Infrastrukturen die spezifischen Gefährdungen durch die Klimakrise systematisch identifiziert und bewertet werden. Die Sicherheit jedes Einzelnen steht im Zentrum unserer Sicherheitspolitik.

Die Klimakrise ist längst an vielen Orten Realität und zwingt bereits heute Menschen zum Verlassen von ihrem Zuhause. Die westlichen Industriestaaten sind historisch die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase und tragen besondere Verantwortung. Auch neue große Emittenten müssen ihren Beitrag leisten. Gemeinsam mit den betroffenen Staaten wollen wir Maßnahmen zur Klimaanpassung und klimabedingten Migration und Flucht ergreifen, damit Menschen geschützt werden können. Sie dürfen nicht in eine Schutzlücke geraten. Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen Schutzstatus.

Das fossile Zeitalter geht trotz allem Aufbäumen von Gas-Lobby, Autokraten wie Trump und Agressoren wie Putin unwiederruflich zu Ende. Die Erneuerbaren brechen einen Rekord nach dem anderen. Sie bringen Energie und Unabhängigkeit global in kleinste, wenig erschlossene Orte. Genauso machen sie England, das Land der ersten Dampfmaschine, frei von Kohlekraft. Europa wächst durch grüne Energien zusammen, Strom kennt keine Grenzen. Wo AKWs am leeren Flussbett dursten, ist grüne Energie stabil. Erneuerbare sind Freiheitsenergien.